

# Fracking-Gegner fordern Denkpause

WAZ

Die Region ist bei umstrittener Gasfördertechnik außen vor.

Es gibt aber auch Befürworter der umstrittenen Gasfördertechnik

v- 30.03.15

Von Thomas Fiekens

**Vest.** Bekommen wir ein Verhinderungsgesetz oder ein Ermöglichungsgesetz? Mit dieser Frage zur umstrittenen Gasfördertechnik Fracking brachte Moderator Florian Adamek bei einer SPD-Expertenrunde im Kreishaus auf den Punkt, worüber die Genossen gerade intern streiten: Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) will ihren Fracking-Gesetz-

**„Wir brauchen jetzt ein Moratorium.“**

Frank Schwabe, SPD

entwurf am Mittwoch durchs Kabinett bringen, Politiker wie Frank Schwabe halten dagegen.

Der Recklinghäuser Bundestagsabgeordnete plädiert für eine Denkpause, einen Fracking-Stopp. „Wir brauchen jetzt ein Moratorium, das nicht durch eine wie auch immer geartete Expertenkommission durchlöchert werden darf.“ Schwabe und sein Marler Fraktionskollege Michael Groß hatten Bürger ins Kreishaus eingeladen, um über den Stand der Dinge zu berichten, 100 Gäste kamen.

Der Gesetzentwurf erlaubt Probebohrungen, Experten sollen das beurteilen. Ab 2019 sollen Firmen eine kommerzielle Nutzung beantragen dürfen. Schwabe: „Auf kei-

nen Fall darf man eine Entscheidung des demokratisch legitimierten Bundestages ersetzen.“ Immerhin stehe im Gesetz, dass es „im Ruhrgebiet und am Halterner Stausee Fracking nicht geben wird.“

Am Expertentisch der SPD-Diskussionsrunde saß Oliver Kalusch. Er ist Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz und Spezialist für Hydraulic Fracturing – kurz Fracking. Es geht um die Erdgasgewinnung aus unkonventionellen Lagerstätten. Über Tiefbohrungen wird das Gestein mit Tausenden Kubikmetern Wasser zusammen mit Sand und Chemikalien aufgebrochen – das setzt Gas frei. Kalusch ist Gegner des Gesetzesent-

wurfs. Dr. Hartmut Pick vom Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung skizzierte die Gefahr von Arbeitsplatzverlusten und Rückschlägen für die Industrie ohne Fracking. Diplom-Biologe Ulrich Peterwirtz von der Gelsenwasser AG ist für das Gesetz: „Es geht nicht darum, Fracking zu verhindern, aber um klare Regeln – und Vorfahrt für Trinkwasser.“

Schwabes Schlusswort bleibt nicht unwidersprochen: „Wenn man unter den 30 000 Mitgliedern der IG BCE Recklinghausen eine Umfrage machen würde, wäre die Mehrheit frackingkritisch, da bin ich mir sicher.“ Nein, hieß aus dem Publikum, „da gibt es auch noch ein paar andere.“